

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Marlene Rupprecht (Tuchenbach), Petra Crone, Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/7807 –**

Sexuelle Gewalt gegen Kinder umfassend bekämpfen – Kampagne des Europarats unterstützen

A. Problem

In dem Antrag wird festgestellt, der Europarat gehe davon aus, dass eines von fünf europäischen Kindern Opfer von sexueller Gewalt sei. In 70 bis 85 Prozent der Fälle seien die Täter den Kindern bekannt. In 90 Prozent der Fälle würden sexuelle Straftaten den Behörden nicht gemeldet. Die Ende 2010 gestartete Kampagne des Europarats zur Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder diene der Sensibilisierung von Kindern und Erwachsenen. Insbesondere Lehrerinnen und Lehrer sowie andere Personen, die Kontakt zu Kindern haben, sollten umfassend aufgeklärt und mit dem für die Vorbeugung von sexuellem Missbrauch oder für die Meldung einer entsprechenden Straftat notwendigen Wissen ausgestattet werden. Die Kampagne knüpfe an die Konvention des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch an und ziele darauf ab, die sexuelle Ausbeutung und den sexuellen Missbrauch von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen. Auch die Ratifikation der Konvention und ihre effektive Umsetzung durch alle Mitgliedstaaten des Europarats sollten durch die Kampagne begleitet werden.

Nach dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die angekündigte Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch vom 25. Oktober 2007 voranzutreiben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/7807 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2011

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sibylle Laurischk
Vorsitzende

Michaela Noll
Berichterstatlerin

Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Berichterstatlerin

Nicole Bracht-Bendt
Berichterstatlerin

Jörn Wunderlich
Berichterstatler

Katja Dörner
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Michaela Noll, Marlene Rupprecht (Tuchenbach), Nicole Bracht-Bendt, Jörn Wunderlich und Katja Dörner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/7807** wurde in der 143. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. November 2011 dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung sowie dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In dem Antrag wird festgestellt, der Europarat gehe davon aus, dass eines von fünf europäischen Kindern Opfer von sexueller Gewalt sei. In 70 bis 85 Prozent der Fälle seien die Täter den Kindern bekannt. In 90 Prozent der Fälle würden sexuelle Straftaten den Behörden nicht gemeldet. Die Ende 2010 gestartete Kampagne des Europarats zur Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder diene der Sensibilisierung von Kindern und Erwachsenen, insbesondere von Lehrerinnen und Lehrern und anderen Personen, die Kontakt zu Kindern hätten. Sie sollten umfassend aufgeklärt und mit dem Wissen ausgestattet werden, das für die Vorbeugung von sexuellem Missbrauch oder für die Meldung einer entsprechenden Straftat notwendig sei.

Ziel der Kampagne sei es, die sexuelle Ausbeutung und den sexuellen Missbrauch von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen, die Rechte der Opfer zu schützen und die nationale und internationale Zusammenarbeit zu verbessern. Auch die Ratifikation der Konvention und ihre effektive Umsetzung durch alle Mitgliedstaaten des Europarats solle durch die Kampagne begleitet werden. Die Antragsteller begrüßen die Kampagne, unterstützen sie und wollen sie weiter bekannt machen.

Die Bundesregierung soll nach dem Antrag aufgefordert werden,

- alles zu unternehmen, um im internationalen Verbund länderübergreifend sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche umfassend zu bekämpfen;
- die angekündigte Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch vom 25. Oktober 2007 voranzutreiben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** und der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** haben jeweils in ihren Sitzungen am 14. Dezember 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/7807 empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/7807.

Die **Fraktion der SPD** wies bei der Beratung darauf hin, dass Deutschland die Konvention des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch gezeichnet habe und dass diese noch nicht ratifiziert sei. Wegen der Vorbildwirkung Deutschlands sollte eine zügige Ratifizierung angestrebt werden. Der Ratifizierungsprozess werde durch eine Kampagne des Europarats begleitet, deren Ziel es sei, den Inhalt der Konvention in der Öffentlichkeit bekanntzumachen sowie die Mitglieder der Parlamente zu motivieren, sich daran zu beteiligen. Der Antrag der SPD-Fraktion ziele darauf ab, dass der Ausschuss und das Plenum geschlossen zur Konvention und zu der Kampagne stünden. Es solle ein Signal gesetzt werden, dass der Deutsche Bundestag deren Unterstützung als seine eigene Aufgabe ansehe.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, der Antrag ziele darauf ab, dass die Bundesregierung die Ratifizierung der Konvention vorantreiben und sich international in der Bekämpfung der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche engagieren möge. Hierzu sei festzustellen, dass die Ratifizierung derzeit vom Bundesministerium der Justiz vorbereitet werde. Die Bundesregierung habe zudem u. a. den Runden Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch“ eingerichtet und den Aktionsplan 2011 zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung erstellt. Vor diesem Hintergrund sei es nicht erforderlich, die Bundesregierung zu mehr Tatendrang in diesem Bereich aufzufordern.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erinnerte daran, dass die Konvention von der Bundesregierung bereits im Jahre 2007 gezeichnet worden sei. Sie werde dem Antrag wegen seines Symbolcharakters zustimmen. Gleichwohl sei nicht zu übersehen, dass er zurückhaltend formuliert worden sei. Es wäre besser gewesen, ihn mit konkreten zeitlichen und inhaltlichen Zielvorgaben zu versehen. Es sei an der Zeit, dass die Konvention endlich ratifiziert werde.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, gegen den Antrag sei inhaltlich im Prinzip nichts einzuwenden. Die Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder sei eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Allerdings sei es gar nicht notwendig, die Bundesregierung zum Handeln aufzufordern. Viele Initiativen würden von ihr bereits vorangetrieben. Hierbei sei auf den Runden Tisch gegen sexuellen Kindesmissbrauch sowie auf die Verabschiedung des Kinderschutzgesetzes und des Hilfefonengesetzes hinzuweisen. Zudem sei der Ratifikationsprozess der Konvention des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch im Gange.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, es handele sich in erster Linie um einen Antrag mit Symbolcharakter, der aber dennoch eine wichtige Aussage enthalte. Deshalb werde man ihm zustimmen. In den vergangenen Jahren habe es zwar einige Fortschritte gegeben, aber es gebe auch „offene Baustellen“. Diese seien in dem Antrag leider nicht benannt worden. Wichtig sei, dass die Konvention nunmehr ratifiziert werde.

Berlin, den 14. Dezember 2011

Michaela Noll
Berichterstatterin

Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Berichterstatterin

Nicole Bracht-Bendt
Berichterstatterin

Jörn Wunderlich
Berichterstatter

Katja Dörner
Berichterstatterin

